



Protokoll Nr. 51

Sitzung von Donnerstag, 20. November 1997, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident: Martin Frick

Anwesend:

Silvia Aepli
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Adrian Berthoud
Arnold Bertschy
Peter Blaser
Markus Blatter
Konrad Bossart
Michael Burkard
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Jean-Daniel Flückiger
Thomas Fuchs
Barbara Geiser
Hans Ulrich Gränicher
Simone Gretler
Adrian Haas
Rolf Häberli
Bernhard Hess

Ursula Hirt
Andreas Hofmann
Stephan Hügli
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Michael Jordi
Heinz Junker
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Andreas Krummen
Lilo Lauterburg
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Edith Madl Kubik
Anton Maillard
Irène Marti Anliker
Kurt Mäusli
Elsi Meyer
Christoph Müller
Edith Olibet
Ruth Rauch

Maria Regli Schmucki
Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüeegsegger
Annemarie Sancar
Beat Schori
Erika Siegenthaler
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Luzius Theiler
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen

Entschuldigt:

Ernst Aebersold
Heinz Megert

Barbara Mühlheim
Rudolph Schweizer

Barbara Spörri
René Zimmermann

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Kurt Wasserfallen
Claudia Omar

Entschuldigt:

Adrian Guggisberg

Traktanden

1. Wahl in die Engere Steuerkommission	260
2.a Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Annemarie Lehmann):.....	253
Drogenproblem: Der Stadtrat drückt sich vor der Verantwortung (Baumgartner)	
2.b Dringliche Interpellation Alfred Jordi / Bernhard Hess (SD): Sofortmassnahmen.....	282
zur Linderung und anschliessenden Beseitigung der unhaltbaren Drogensituation rund um die Kleine Schanze	
3. Postulat Fraktion SP (Oskar Balsiger): Kinder in der Stadt Bern -	267
Marzili: Ein Quartier für Familien (Wasserfallen)	
4. Postulat Nico Lutz (JA!): Spielen, wohnen, Kultur statt parken	141
(Frösch)	
5. Postulat Hansjörg Wittwen (ARP): Familienrabatt bei öffentlichen	169
Eintritten (Frösch)	
6. Motion Andreas Krummen (SP): Kinder in der Stadt Bern: Mehr	268
Sicherheit für Kinder an der Altenbergstrasse (Wasserfallen)	
7. Motion Fraktion SP (Oskar Balsiger): Kinder in der Stadt Bern -	272
Schulhäuser mit sicherem und gesundem Umfeld (Wasserfallen)	
8. Postulat Edith Olibet (SP): Mehr Sicherheit für unsere Kinder auf	125
der Schlosstrasse und in den umliegenden Quartieren (Wasserfallen)	
9. Interpellation Eva von Ballmoos (GB): Blaue Zone / Tempo 30 in unseren.....	251
Quartieren (Wasserfallen)	
10. Postulat Maria Regli Schmucki (GB) / Michael Burri (GFL):	228
Begegnungsstrassen (Wasserfallen)	
11. Interpellation Esther Kälin Plézer (SP): Kinder in der Stadt Bern:.....	234
Das Murifeld leidet unter starkem Schleichverkehr (Wasserfallen)	
12. Motion Andreas Krummen (SP): Kinder in der Stadt Bern: Wasser-	254
rutschbahnen für die städtischen Freibäder! (Wasserfallen)	
13. Postulat Fraktion SP (Liselotte Lüscher): Kinder werden Jugendliche:.....	230
ein Jugendkonzept für die Stadt Bern (Begert)	
14. Motion Edith Olibet (SP) / Maria Regli Schmucki (GB): Kinder und	274
Jugendliche in der Stadt Bern: Keine Vernachlässigung von Holligen (Begert)	
15. Postulat Simone Gretler (SP): Kinder in der Stadt Bern: Sicherstellung	271
des Ferienbetreuungsangebots für Schulkinder (Begert)	
16. Postulat Leslie Lehmann (SP): Stopp der Chinderchübu-Odyssee	72
(Begert)	
17. Postulat Ursula Hirt (GB): Betreuungsmöglichkeiten für erwerbslose.....	219
Eltern (Begert)	
18. Motion Andreas Krummen (SP): Kinder in der Stadt Bern: Einrichtung	273
von ca. 4 Inline-Skating- und Rollbrettbahnen in der Stadt Bern (Omar)	

19. Interpellation Markus Blatter (FDP): Leitbilder der Quartierschulen231 (Omar)	231
20. Interpellation Markus Blatter (FDP): Elternmitarbeit in der Volksschule.....232 (Omar)	232
21. Interpellation Markus Blatter (FDP): Übertritt in Sekundarschule.....233 (6. und 7. Schuljahr) (Omar)	233
22. Interpellation Esther Kälin Plézer (SP): Kinder in der Stadt Bern:235 Blockzeiten in den Kindergärten (Omar)	235
23. Erneuerung und Ausbau des EWB-Signalkabelnetzes, Ausbaustufe 1;188 Kredit (Burri/Neukomm)	188
24. Initiative "Für eine Zwischennutzung von leerstehendem Wohnraum.....218 (Wohninitiative)" (Schweizer/Frösch)	218

Mitteilungen des Präsidenten

Der *Präsident* begrüsst die Anwesenden zu den zwei bevorstehenden Sitzungen von Donnerstag und Freitag und bemerkt, es sei wohl das erste Mal, dass sich der Stadtrat an zwei Tagen hintereinander versammle. Beginnen wolle er die Sitzung mit einer Gedenkmittteilung zu den schrecklichen Attentaten in Luxor. Alle seien noch betroffen von diesem grausamen Terroranschlag in Ägypten. Der Stadtrat spreche den Angehörigen der Opfer sein Beileid aus und denke an sie.

Das Leben gehe jedoch weiter in Bern und auch hier im Stadtrat. Zwei Themen stünden zur Debatte, ein trauriges, eher bedenkliches, im Zusammenhang mit Drogen und anschliessend ein eher freudiges, das Thema Kinder. Nach den zahlreichen erfreulichen Aktivitäten und der Geldsammelaktion während des heutigen Tages wolle man nun politisch über Kinder sprechen. In letzter Zeit eingegangene Vorstösse zum Thema seien auf die heutige Sitzung aufgespart und vorbereitet worden, damit man sie heute zusammengefasst behandeln könne. Dabei werde man jedoch wieder Themen antreffen, die allen durchaus geläufig seien: Es gehe um Radwege, um Tempo 30, Parkplätze und Schleichverkehr, um Geld und Rabatte, Begegnung und Sicherheit, Rutschbahnen, Konzepte und Schulen.

Der Rat gratuliert Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin Ursula Begert zum Geburtstag.

Traktandenliste

Der *Präsident* schlägt vor, das Traktandum 23 zum EWB-Signalkabelnetz zu Beginn der Abendsitzung zu behandeln. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Er teilt betreffend Traktandum 24 mit, dass es kritisch gewesen wäre, dieses am Schluss der heutigen Sitzung noch behandeln zu wollen, er hätte ohnehin nach 21.45 Uhr nicht mehr damit begonnen. Nun sei die Situation eingetreten, dass sich Rudolph Schweizer für heute abend aus besonderen Gründen habe entschuldigen müssen. Er schlage deshalb vor, dieses Traktandum heute von vornherein nicht zu behandeln und es von der Liste abzusetzen. Auch sei der Präsident der GPK nicht in der Lage gewesen, kurzfristig einzuspringen. Gegen den Vorschlag des Präsidenten wird nicht opponiert.

Betreffend ein weiteres, die Sitzungsgelder betreffendes organisatorisches Thema erteilt er das Wort an eine der Antragstellerinnen.

Leslie Lehmann erklärt, dass am heutigen UNO-Kinderrechtstag durch Radio DRS für die Glückskette eine Sammlung zugunsten von Kindern in Not durchgeführt worden sei. Sie wolle den Ratsmit-

liedern vorschlagen, auf freiwilliger Basis ihr Sitzungsgeld vom heutigen Abend der Glückskette zur Verfügung zu stellen.

Ordentliche Traktanden

1 Wahl in die Engere Steuerkommission

Antrag Nr. 260

Cornel Quinto (SP) wird mit deutlicher Mehrheit in die Engere Steuerkommission gewählt.

- Die Traktanden 2a und 2b werden gemeinsam behandelt. -

2a Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Annemarie Lehmann): Drogenproblem: Der Stadtrat drückt sich vor der Verantwortung

Antrag Nr. 253

Das Drogenproblem wird von der Bevölkerung seit geraumer Zeit als Problem Nr. 1 in der Stadt Bern angesehen. Gemeinderat und Stadtrat sind sich zwar grundsätzlich einig, dass die heutige Situation sowohl für die Bevölkerung als auch für die Drogenabhängigen untragbar geworden ist und dringend Lösungen gefunden werden müssen. Der RGM-dominierte Stadtrat hat jedoch letzten Donnerstag die vom Gemeinderat beabsichtigte, befristete Sofortmassnahme mit dem stationären Rückführungszentrum abgelehnt und die Prüfung anderer Massnahmen verlangt, welche, sofern sich der Stadtrat im nächsten Jahr überhaupt zu einem Zugeständnis an die Vorschläge des Gemeinderats durchringen kann, nur mittel- oder längerfristig Wirkungen zeigen werden. Mit seiner Unentschlossenheit hat der Stadtrat erreicht, dass in den nächsten Monaten weder für die Süchtigen noch die Stadtbevölkerung auch nur irgend etwas getan wird.

Die FDP-Fraktion verlangt deshalb die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was will der Gemeinderat als Sofortmassnahme zur Verminderung des Drogenproblems in der Stadt nun tun?
2. Wann werden welche Massnahmen durch wen ausgeführt?

Bern, 23. Oktober 1997

2b Dringliche Interpellation Alfred Jordi und Bernhard Hess (SD): Sofortmassnahmen zur Linderung und anschliessenden Beseitigung der unhaltbaren Drogensituation rund um die Kleine Schanze

Antrag Nr. 282

Das Drogenelend insbesondere rund um die Kleine Schanze ist unerträglich geworden. Die Drogenszene sprengt alle bisherigen Massstäbe. In der ersten Novemberwoche 1997 war ein Grossaufgebot von sechzehn Polizisten nötig, um nach einer Massenschlägerei vor dem Park-Café - der ehemaligen Milchbar - am Eingang der Kleinen Schanze drei russische Asylbewerber festzunehmen. Drogenprostituierte werden von schwarzafrikanischen Drogenhändler bedroht und misshandelt. Im Kampf gegen die skrupellosen Dealer stehen die Polizeiverantwortlichen immer öfter auf der Verliererseite.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat höflich, folgende Fragen zu beantworten:

1. Bestehen seitens des Gemeinderats Strategien zur Linderung und anschliessenden Beseitigung der unhaltbaren Zustände rund um die Kleine Schanze?
2. Wenn Ja, wie gedenkt der Gemeinderat insbesondere dem schlimmen Drogenelend in der ganzen Innenstadt beizukommen?

3. Kann der Gemeinderat angesichts der überlasteten Behörden überhaupt noch seiner gesetzlichen Pflicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nachkommen?
4. Bestehen wirklich keine (gesetzlichen) Massnahmen, die zahllosen skrupellosen Dealer endlich aus dem Verkehr zu ziehen?

Bern, 6. November 1997

Stadtpräsident Klaus Baumgartner beantwortet die beiden dringlichen Interpellationen im Namen des Gemeinderats:

Der Gemeinderat hat den Stadtrat bereits mit dem Vortrag zur Rückführungs- und Betreuungsstelle für Drogenabhängige über die aktuelle Lage in der Drogenszene und Drogenpolitik informiert. Er hat insbesondere dargelegt, dass die Drogenszene wieder zugenommen hat und wie er die aktuelle Situation aus polizeilicher und sozialer Sicht beurteilt. Der Gemeinderat erklärte in seinem Vortrag vom 2. Juli 1997, es bestehe dringender Handlungsbedarf, wenn die Bildung einer grösseren offenen Drogenszene verhindert werden solle. Der Betrieb einer zeitlich befristeten Rückführungs- und Betreuungsstelle wurde als **eine** wichtige Massnahme bezeichnet; der Gemeinderat erklärte jedoch, weitere Massnahmen in den Bereichen Polizei und Fürsorge seien in Planung. Der Gemeinderat hat sich in den letzten Wochen intensiv mit einer ganzen Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Situation befasst und sich u.a. in einem Drogenseminar durch Fachleute aus den Bereichen Fürsorge, Polizei und Justiz - beispielsweise aus den Städten Genf und Zürich - über mögliche Massnahmen orientieren lassen. Gegenwärtig werden von den städtischen Verwaltungsstellen verschiedenste Aufträge des Gemeinderats bearbeitet. Zentraler Punkt des Massnahmenpakets ist die vom Gemeinderat bereits beschlossene Einsetzung einer Task Force Drogenpolitik. Mit der neuen Leitungsorganisation - sie ersetzt den bisherigen Drogenstab und den Ausschuss der Fachkommission für Drogenfragen - soll die Drogenpolitik zur Sache des Gesamtgemeinderats gemacht und die politische Führung verstärkt werden. Wesentliche Elemente dieser Task Force sind:

- Trennung der strategischen und operativen Ebene in der städtischen Drogenarbeit
- Einsetzung eines verwaltungsexternen Projektkoordinators (vorläufig befristet auf ein halbes Jahr)
- Erarbeiten und Koordinieren von Massnahmen, die zur Wiederherstellung einer nachhaltig wirksamen Drogenpolitik führen.

Dem Projektausschuss gehören fünf Mitglieder des Gemeinderats an; das Projektteam wird gebildet aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Direktionen Polizei, Fürsorge/Gesundheit, Schule und Planung/Bau sowie dem Leiter des Contact Bern und einem Vertreter des kantonalen Fürsorgeamts. Beide Gremien haben in den letzten Tagen an je einer Sitzung das vom Gemeinderat vorbereitete Massnahmenpaket behandelt. Schwergewichtig soll sich die Task Force mit den folgenden Themen befassen:

- Koordination der städtischen Drogenpolitik und Massnahmen nach innen und aussen
- Auffanginstitutionen (Angebot, Standort, Öffnungszeiten)
- Einsatz gegen Dealer
- Einsatz gegen Schwerpunkte der Drogenszene in der Innenstadt
- zusätzliche Reinigung von Strassen und Plätzen sowie Park- und Grünanlagen
- Ersatzmassnahmen nach der Rückweisung des Rückführungs- und Betreuungszentrums durch den Stadtrat und Erarbeitung eines neuen Projekts
- Kontakte zu Regionsgemeinden sowie Bezirks-, Gerichts-, Kantons- und Bundesbehörden
- politische Abstützung der Massnahmen bei den städtischen Parteien und Verbänden
- Aufbereitung der Informationen gegen innen und aussen.

Zu den Fragen der Interpellantin und der Interpellanten kann der Gemeinderat heute wie folgt Stellung nehmen:

Der Gemeinderat hat unabhängig von der Diskussion über die Rückführungs- und Betreuungsstelle im Stadtrat eine Reorganisation der Leitungsstruktur der städtischen Drogenpolitik beschlossen und eine Reihe von Massnahmen in Auftrag gegeben. Die Liste der vom Gemeinderat erteilten und nun von der Task Force zu bearbeitenden Aufträge umfasst

- verschiedene Sofortmassnahmen, die im Dezember 1997 und Januar 1998 realisiert werden können
- das vom Stadtrat geforderte neue Konzept für eine ambulante Rückführungs- und Betreuungsstelle (es kann von der Geschäftsprüfungskommission voraussichtlich im Januar 1998 behandelt werden)

- einige Projekte, die in den nächsten Monaten noch zu erarbeiten sein werden bzw. deren Finanzierung noch abzuklären ist.

Zwei der vorgesehenen Sofortmassnahmen laufen bereits, nämlich die Verbesserung der Situation vor der Drogenanlaufstelle an der Nägeligasse durch Securitas-Ueberwachung seit 5. November und der Einsatz von zusätzlichen Reinigungsequipen durch das Strasseninspektorat und die Stadtgärtnerei seit 10. November. Zu den rasch zu realisierenden Aufträgen gehören vor allem Massnahmen im fürsorgerischen und im Polizeibereich, die in der Innenstadt eine Entlastung bringen sollen. Diese Massnahmen müssen jedoch aufeinander abgestimmt werden, weshalb der Gemeinderat heute noch keine detaillierten Auskünfte erteilen kann. Alle diese Arbeiten werden durch die Task Force koordiniert und beraten. Die Ausführung erfolgt jedoch durch die jeweils zuständigen städtischen Verwaltungsstellen bzw. die Stiftung Contact. Die Task Force wird Ende November an einer Medienorientierung umfassend über die vorgesehenen bzw. bereits beschlossenen Massnahmen informieren. - Was die von den Interpellanten angesprochenen Massnahmen gegen ausländische Dealer betrifft, stellt der Gemeinderat fest, dass in der Zeit von Oktober 1995 bis anfangs November 1997 577 mit Drogen handelnde Asylbewerber aus der Stadt Bern ausgegrenzt und 172 in Vorbereitungs- respektive Ausschaffungshaft genommen wurden. 164 Personen konnten ausgeschafft werden. Weitere Massnahmen wie zum Beispiel die Internierung von kriminellen Asylbewerbern in geschlossenen Bundeszentren oder der sofortige Abbruch des Asylverfahrens bei Drogenhändlern (mit anschliessender Internierung bis zur möglichen Ausschaffung) sind wegen fehlenden gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene nicht möglich. Bundespräsident Koller hat dies in einem Schreiben an den Gemeinderat anfangs November zum Ausdruck gebracht. Die Schaffung von zusätzlichen Gefängnisplätzen für Ausschaffungshäftlinge wird mit dem Kanton angestrebt. Der Gemeinderat hat, gerade auch im Hinblick auf verstärkte Massnahmen gegen Dealer, die Task Force Drogenpolitik beauftragt, die Kontakte zu den Kantons-, Bundes- und Justizbehörden auszubauen. Auch dieser Aspekt ist somit Bestandteil des Aufgabenkatalogs der neugebildeten Task Force.

Fraktionserklärungen

Annemarie Lehmann (FDP) erklärt, man habe nun vom Stadtpräsidenten viel über Verfahren und die Trennung der strategischen und operativen Basis gehört, aber Konkretes sei wenig dabei gewesen. Sie gehe davon aus, dass die Aktivitätsliste der "Task Force Drogenpolitik" respektive des Gemeinderats bei der geplanten Pressekonferenz noch etwas detaillierter ausfallen werde. Ihres Erachtens müssten diese Massnahmen jedoch um einiges weiter gehen, als ein paar weissgekleidete Personen loszusenden, um zu räumen und zu putzen. Die FDP sei überdies der Ansicht, dass es sinnvoll wäre, wenn man dieses Projektteam mit einem betroffenen Innenstadtgeschäftsinhaber ergänzen würde. Annemarie Lehmann habe sich vorzustellen versucht, was der Gemeinderat tatsächlich unternehmen könne, um mit dem Drogenproblem zu Rande zu kommen. Was könne man überhaupt mehr tun als zu wischen, ein bisschen mehr Polizei in den Einsatz zu senden und ein ein wenig grösseres Sicherheitsgefühl zu vermitteln? Und wem helfe dies wirklich? Drogenabhängige hätten immer noch keinen Schutzbereich und die Bevölkerung sehe überhaupt keine Erfolge. Deshalb sei ihre Interpellation auch erfolgt - und zwar nicht gegen den Gemeinderat und seine Aktivitäten, sondern weil der Stadtrat seine Hauptverantwortung am 16. Oktober 1997 nicht wahrgenommen habe. "Wir haben doch die Kompetenz, Mittel zu bewilligen, damit tatsächlich etwas geschieht. Wir hätten handeln und Sofortmassnahmen unabhängig von deren Kosten und auch vom Enderfolg bewilligen müssen." Gleichzeitig hätten diejenigen Vorschläge eingebracht werden können, die jetzt in Planung geschickt worden seien. Man hätte nämlich damals mit der Schaffung eines Rückführungszentrums weiterdenken und dieses allenfalls wieder aufheben müssen, wenn sich gezeigt hätte, dass es sich erübrige. Jetzt aber sei der Stadtrat verantwortlich, dass nichts passiere respektive für die "Mini-Schritte", die der Gemeinderat jetzt tätige. Sie sei überzeugt, dass Zürich in seiner Drogenpolitik nur deshalb so weit sei, weil dort Schritt für Schritt vorwärtsgegangen werde. Der Stadtrat jedoch verlange eine perfektionistische Lösung, ein Konzept und zuerst noch ein Budget, damit überhaupt etwas unternommen werde. Sie hoffe, dass die Task Force nächste Woche beginne, konkrete Massnahmen in die Tat umzusetzen - mehr als der Stadtrat heute gehört habe - und dass sich der Stadtrat seiner Verantwortung bei der nächsten Debatte bewusst sei. Für sie sei eine Stadt, die die Drogenproblematik angehe mindestens so wichtig für die Kinder eine Stadt, die sich zu Verkehrsproblemen äussere.

Bernhard Hess (SD): Man habe es gehört, im Drogenbereich seien Sofortmassnahmen angekündigt und der Gemeinderat dabei auch mehr oder weniger konkret geworden. Er hoffe, dass die Task Force nicht zur "Task Farce" werde. Die Antwort des sozialdemokratischen Stadtpräsidenten erstau- ne ihn als Schweizer Demokraten sehr. Gerade im Asylbereich habe der Gemeinderat Postulate und Vorstösse von Seiten der SD ganz übernommen und realisiert, Vorstösse, die auf nationaler Ebene von der SD bereits seit mehreren Jahren eingebracht würden, so zum Beispiel die Internierung von kriminellen Asylbewerbern, der Abbruch von Asylgesuchen, die vom Gemeinderat in Erwägung ge- zogene Einrichtung von zusätzlichen Gefängnisplätzen und die vermehrte Inanspruchnahme der Kontakte zu Bund und Kanton. Von Seiten der SD sehe es aus, als ob man auf dem richtigen Weg sei. Man wolle jedoch die Praxis abwarten. Ob sie wohl einmal mehr nur Augenwischerei sei? Es sei den Schweizer Demokraten klar, dass man von der Stadt aus nicht alles in eigener Kompetenz an die Hand nehmen könne, aber trotzdem müsse darauf hingewiesen werden, dass es im Volk brodle. Als Sekretär der SD wisse er, dass relativ viele Briefe eingingen, auch solche von unpolitischen Per- sonen, also nicht nur von Mitgliedern und Sympathisanten. Es werde eine grosse Verunsicherung und auch Wut gegen die Behörden spürbar. Er wolle den Teufel nicht an die Wand malen, aber man stelle sich einmal vor, dass ein Familienvater oder eine Mutter eine Tages druchdrehe, das Sturm- gewehr hervornehme und zum Beispiel gegen Asylbewerber mit Gewalt vorgehe. Dies sei ein sehr schlimmes Szenario, aber kein unmögliches. Was würde man dann tun? Eine weniger schlimme Möglichkeit wäre, und dies höre man immer wieder, dass man eines Tages Bürgerwehren sehe. In Deutschland gebe es mittlerweile Gruppierungen, die ihren Kindern den Schulweg sichern müssten und diese begleiteten, weil die Drogenszene auch in Bremen, Hamburg oder Berlin sehr schlimm sei. Man wolle dies natürlich vor allem in den Quartieren nie soweit kommen lassen. Er bitte deshalb ernsthaft darum, die Problematik jetzt anzupacken. Er stelle auch fest, dass Drogenszenen mittler- weile nicht mehr nur ein Problem der Innenstadt - Kleine Schanze/Bubenbergplatzunterführung -, sondern auch in den Aussenquartieren präsent seien; er denke ans Bachmätteli in Bümpliz, wo auch schon eine offene Drogenszene vorzufinden sei. Er wolle noch einmal mit Nachdruck betonen, dass offene Drogenszenen verhindert werden müssten. Obwohl von Seiten der Stadt Aktivitäten ersichtlich seien, könnte man in dieser Hinsicht noch konsequenter vorgehen. An Stelle eines 10 Millionen-Solls bei den Parkbussen würde man die Polizeibeamten besser im Drogenbereich im weitesten Sinn ein- setzen. Zusätzliche Reinigungen, Ersatzmassnahmen und Kontakte zu Nachbargemeinden seien ebenfalls wichtig und würden von der SD bereits seit langem gefordert. Es werde vielleicht erstaunen, wenn er folgendes als Schweizer Demokrat heute abend vorbringe: Nach dem sehr deutlichen Resul- tat zur Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" habe eine Mehrheit auch der Stadtberner Bevölkerung kundgetan, in welche Richtung die Drogenpolitik gehen solle. Als Demokraten akzeptiere dies seine Fraktion, und er weise noch einmal mit Nachdruck darauf hin, dass das Vier-Säulen-Konzept, das der Gemeinderat eingeschlagen habe - an sich keine schlechte Lösung - konsequent durchgezogen werden müsse. Wo weiter und mit Nachdruck noch mehr Konsequenz gefordert werde, sei beim Vorgehen gegen die kriminellen, renitenten "Mörder auf Raten", die Drogenhändler.

Regula Keller (GB): Es sei noch nicht lange her, dass hier schon einmal eine Drogendebatte geführt worden sei. Die verschiedenen Meinungen seien eigentlich bekannt. Sie trage deshalb noch einmal kurz die Ansicht ihrer Fraktion vor. Repression habe nichts gebracht, Vertreibungspolitik verschlim- mere die Situation nur. Was gebraucht werde, seien weitere Drogenabgabeprogramme und Tages- strukturen für Abhängige und sicher eine zweite Anlaufstelle. Deshalb habe ihre Fraktion im Herbst eine Motion für eine zweite Anlaufstelle eingereicht. Der Gemeinderat habe seit der Diskussion um das Rückführungszentrum eine "Task Force Drogenpolitik" einberufen. Hier bereits zu bilanzieren oder zu kritisieren sei nicht der richtige Zeitpunkt. Immerhin wolle sie als Anregung eingeben, dass die Task Force auch die Gassenorganisationen, zum Beispiel den Elternverein von drogenabhän- gigen Jugendlichen oder die Gassenküche, in die Gespräche einbeziehen sollte. Ebenfalls sinnvoller- weise einzubeziehen sei die IKUR, sei doch die Reitschule vom Dealerproblem sehr betroffen gewe- sen. Sie habe es mit sehr grossen Anstrengungen so weit gebracht, dass die Dealerszene dort ver- schwunden sei. Sie führt weiter aus, sie kritisiere die FDP und die SD, weil diese nicht konsequent seien. Ein Verbesserung für die betroffene Bevölkerung und die Drogenabhängigen sei nur möglich, wenn die Stadt dezentrale Einrichtungen schaffen könne, und dies brauche Geld. Mit ihrem Nein zum Budget '98 verhinderten sie, dass die Stadt die sozialen Aufgaben erfüllen könne. Dies sei ein kurz- sichtiges und unrealistisches Verhalten, und sie hoffe sehr, dass die Stimmberechtigten vernünftiger entscheiden werden.

Marie Louise Durrer (SP) erklärt, die SP sei bestürzt und entsetzt über das Votum von Bernhard Hess. Solchen Worten seien in der Geschichte Taten gefolgt, Brandstiftung der schlimmsten Sorte. Herr Hess, solle sich schämen. Zum Vorstoss der SD sei von der Seite der SP weiter zu sagen, dass man sich bewusst sei, dass das Dealerproblem nicht von der Stadt Bern allein gelöst werden könne, sondern dass die Polizei auf die Hilfe des Bundes angewiesen sei und es nicht reiche, wenn der Bundesrat nur einen Zaun um das Bundeshaus verlange. Der Gemeinderat sei ja, wie dies aus seiner Antwort hervorgehe, wieder vorstellig geworden und in dieser Sache aktiv. Im übrigen sei einmal mehr klar geworden, dass die Interpellanten gegen die Drogenpolitik seien, die von der SP unterstützt werde, die Politik des Bundes sei und die als eine Massnahme die kontrollierte Drogenabgabe an Schwerstsüchtige vorsehe. Jede staatliche Drogenabgabe grabe ja dem Handel auch einen Teil des Wassers ab. Allerdings sei die SP-Fraktion auch sehr empört über die Unterstellungen von Seiten der FDP, und sie verwahre sich dagegen. Um Gerüchte in die Welt zu setzen und Augenwischerei zu betreiben, sei das Drogenproblem ein ungeeignetes Objekt. Auf die Rückweisung des Rückführungszentrums wolle sie gar nicht mehr eingehen. Der GPK-Sprecher Konrad Bossart habe nach seriöser Recherche, auch in Zürich, im Rat ausführlich dargelegt, dass in Bern die Situation im Drogenbereich anders sei als in Zürich und dass wichtige flankierende Massnahmen für ein solches Zentrum fehlten. Die SP nehme die Verantwortung in diesem Bereich durchaus wahr und die Frist um eine neue Vorlage einzubringen sei sehr kurz angesetzt worden. Eine Schwachstelle in diesem Problemkreis sei in den Augen der SP auch die schlecht funktionierende Zusammenarbeit zwischen der Fürsorge- und der Polizeidirektion gewesen. Jetzt, wo der Stadtpräsident die Leitung dieser Task Force übernommen habe, sollte auch dieses Problem entschärft sein. Die SP sei überzeugt, dass der Gemeinderat mit dem Stadtpräsidenten das Problem erkannt habe, dass griffige Lösungen aufgezeigt und diese auch umgesetzt würden. Was die FDP jedoch mit ihrem Vorstoss mache, sei einfach unseriöse Politik. Für eine solche Schaumschlägerei, wie sie Frau Lehmann betrieben habe, sei einfach das Problem zu ernst. Es sei notwendig, dass alle mit dem Gemeinderat am gleichen Strick ziehen und mithelfen, für die Stadt Bern geeignete Lösungen zu finden.

Einzelvoten

Luzius Theiler (GPB) stellt fest, dass es eine tragische Situation sei, wenn Bernhard Hess von den SD den RGM-Stadtpräsidenten so rühme und wenn das Lob auch noch berechtigt sei. In der Tat sei ihm die Antwort des Stadtpräsidenten vorgekommen, als ob dieser das Megaphon des Polizeidirektors wäre. Die Hoffnung, dass es nun einen Ruck, eine Wendung in der Drogenpolitik gebe, wo nun nicht mehr der Hardliner der Polizei, sondern der Stadtpräsident, der zumindest die Gemeinderatsmehrheit repräsentieren sollte, das Zepter übernehme, diese Hoffnung habe sich nicht eingestellt. Der Stadtpräsident habe hauptsächlich davon erzählt, wie viele hundert Personen weggewiesen, interniert und in Ausschaffungshaft genommen worden seien und wie es schade sei, dass unsere Asylgesetzgebung nicht noch härtere Massnahmen erlaube. Dies aus dem Munde eines SP-Stadtpräsidenten... Dabei wisse man doch, dass alle solchen Massnahmen letztlich nichts brächten. Auch in Singapur und Malaysia, wo die blanke Diktatur herrsche und man mit Polizei gegen alles vorgehe, das nur im entferntesten mit Drogen zu tun habe, gebe es Drogen. Diese Politik, mit Polizei das Problem lösen zu wollen, sei überall auf der Welt gescheitert. Und wenn man auch in linken Kreisen meine, dass man - nicht nur in der Drogenpolitik - mit immer mehr Polizei und immer mehr Justiz gesellschaftliche Probleme lösen könne: Dieser Glaube sei erstens schon so oft in der Geschichte widerlegt worden, dass man ihm nicht nachhängen sollte, und zweitens - was noch schlimmer sei - führe er zu immer mehr rechtsstaatlich fragwürdigen Lösungen. Er habe im Zusammenhang mit einer zu diesem Thema eingereichten Interpellation auf einen Verwaltungsgerichtsentscheid betreffend eine Aufhebung einer Wegweisung aus der Stadt hingewiesen, der nahelege, das man sich fragen müsse, wie viele Wegweisungen wohl völlig unberechtigt und willkürlich seien, müsse man doch davon ausgehen, dass die wenigsten Personen ohne Aufenthaltsbewilligung in einem solchen Fall den Gerichtsweg beschritten. Es werde immer wieder evident, dass der Rechtsstaat gegen die kleinen Fische, Konsumenten und Personen, die überhaupt nichts mit Drogen zu tun hätten, vorgegehe, während man an die grossen Dealer nicht herankomme, weil diese so gut gewappnet seien, dass die Polizei sie gar nicht fassen könne. Er habe in der Antwort des Stadtpräsidenten kein Wort gehört, dass - wenn auch repressive Mittel im Einzelfall unabdingbar sein mögen - beabsichtigt werde, nicht nur die Folgen anzugehen, sondern auch die Ursachen zu

bekämpfen. Und Ursache sei doch ein offenbar bei relativ vielen Personen existentes Bedürfnis nach Drogen. Dieses Bedürfnis in den Untergrund zu drängen, damit die Mafia durch die Illegalität das grosse Geschäft mache, sei der wirklich unhaltbare Zustand; dass den - subjektiv oder objektiv - auf Drogen angewiesenen Personen nichts anderes übrig bleibe, als ihre Suchtmittel auf illegalem Wege zu erwerben. Der Gemeinderat hätte darauf hinweisen sollen, dass dies der Weg zur Bekämpfung des Problems sei, und nicht den Glauben nähren, man könne dieses Problem mit Polizei lösen. An Bernhard Hess gewandt, erklärt er, auch er erhalte die von ihm angesprochenen Briefe und Anrufe aus der Bevölkerung. Aber wenn man mit den Leuten spreche, glaubten nur noch wenige, dass Polizeieinsätze und der Weg, den die Stadt eingeschlagen habe, zum Erfolg führen.

Peter Stucki (EVP/LdU) erklärt, er begrüsse die Bemühungen, die der Gemeinderat in den letzten zwei Monaten unternommen habe. Es sei für ihn aber unverständlich, dass der Gemeinderat so lange gewartet habe, wenn schon im Juli dringender Handlungsbedarf bestanden habe - dies sei immerhin vier Monate her. Ihm komme die Situation vor, wie wenn beim Ausbrechen eines Grossfeuers lange darüber debattiert werde, was zu unternehmen sei. Man ziehe dann alle nur verfügbaren Feuerwehrleute ab und setze sie ein, um das Problem zu lösen. Er habe den Eindruck, der Gemeinderat habe die Problematik zu lange vor sich hintreiben lassen. Man habe schon vor vier Monaten gewusst, dass es möglich wäre, längere Öffnungszeiten bei der Anlaufstelle einzuführen. Man hätte damals die nötigen Schritte unternehmen müssen und er hoffe, dass diese nun gemacht würden. Er bedaure, dass der Gemeinderat nicht früher mehr Kräfte für die Lösung dieses Problems eingesetzt habe, denn er glaube, dass es möglich gewesen wäre, vieles früher in den Griff zu bekommen. Er hoffe, dass an der kommenden Medienkonferenz mehr Konkretes vorgebracht werde als heute. Es gebe Möglichkeiten und Zeichen auch von Seiten des Gemeinderats, dass dieser manchmal sehr wohl bereit sei, unbürokratisch und schnell zu handeln. Er erinnere nur an die Überwachung des Marzili-Schulhauses, wo man erkannt habe, dass Kinder in akuter Gefahr seien und schnell und ohne zu zögern Massnahmen in Angriff genommen habe und das Problem gelindert worden sei.

Jean-Daniel Flückiger (EDU): Die politische Nuancierung der RGM-Politik setze den Akzent auf die vier Säulen unserer Drogenpolitik in der Stadt, und sie tue dies allein. Er stelle fest, dass die Gäste des Bundeshauses reklamierten; sie hätten wahrscheinlich Probleme mit der Drogenszene. Die grossen Parteien müssten ihre Politik reorientieren, denn sie führe ins Chaos.

Adrian Haas (FDP) erklärt, an Frau Durrer gewandt, dass er sich dagegen verwehren wolle, dass man eine ernsthafte Besorgnis der FDP und von Annemarie Lehmann, die sich mit der Auffassung von sehr vielen in der Stadt lebenden Menschen decke, schlicht als Schaumschlägerei abtue. So trage man nichts zur Lösung dieses Problems bei. Er glaube, es sei wirklich wichtig und an der Zeit - die Bevölkerung erwarte dies vom Stadtrat - dass jetzt Taten zu sehen seien und dass aufgehört werde, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. Er wolle im übrigen das Votum von Peter Stucki voll und ganz unterstützen.

Kurt Mäusli (SP): Es wäre bestimmt an den Tatsachen vorbeigesehen und -geredet, wenn man nicht feststellen wollte, dass die Drogensituation in der Stadt Bern grosse Teile der Bevölkerung verärgere, verunsichere und verängstige. Es sei ihm auch klar, dass es nicht einfach sei, eine Lösung vorzuschlagen, da das Problem weltweit nicht gelöst sei. Er wolle sich dies auch nicht zumuten. Aber immerhin müsse er feststellen, dass eine Lösung gefunden werden müsse, damit die Ängste und der Ärger in der Bevölkerung nicht mehr eskalieren. Er halte dies auch als Vertreter der älteren Generation fest. Die ältere Generation fühle sich verunsichert. Er wisse aber auch, wie schwierig es für eine Familie sein könne, selbst betroffen zu sein; was es für eine Mutter und für einen Vater heisse, wenn sie feststellen müssten, dass ihre Tochter in die Drogenszene gerutscht sei - aus welchen Gründen auch immer. Dort sehe man, was für ein Elend in eine Familie hineingetragen werden könne. Deshalb bitte er um Verständnis für die humane Lösung des Gemeinderats, die er gut finde - denn eine bessere Lösung gebe es nicht. Nun habe er jedoch ein Anliegen an den Gemeinderat: Das blaue Licht, das in Telefonkabinen etc. zu finden sei, sei absolut keine sinnvolle Massnahme und er bitte den Gemeinderat, dieses wieder durch normales Licht zu ersetzen. Er habe selbst gesehen, wie eine Drogenabhängige sich in einer Telefonkabine eine Spritze gesetzt habe - mit dem blauen Licht werde die Situation für die Abhängigen ja noch erschwert, sie könnten damit ja die Adern nicht finden. Diese Massnahme erachte er für unsinnig, und sie diskriminiere weiter die älteren Personen, die sowieso

schon Probleme hätten, in den Kabinen das Telefonbuch zu lesen. Er bitte den Gemeinderat, seinen Vorschlag und diese Hinweise zu berücksichtigen.

Der *Stadtpräsident* erklärt, die Task Force sei noch keine drei Wochen an der Arbeit, und man werde nächste Woche, nach viel Arbeit, die noch anzugehen sei, in der Lage sein, konkreter zu werden und mehr darüber zu sagen, welche Massnahmen ergriffen würden. Im übrigen seien die Schritte der Task Force nicht nur "seine" Schritte. Dennoch wolle er festhalten, dass "Wunder generell etwas länger dauerten". Er gehöre zu denjenigen, die immer betont hätten, dass zuerst vorbereitet werden müsse, was nachher auch erfolgreich umgesetzt werden solle. Gerade auf dem Gebiet der Drogen sei ein Aktionismus - hier schnell etwas, dort schnell etwas - absolut fehl am Platze. Deshalb müssten koordinierte Massnahmen, möglichst zusammengefasst in Pakete, eingeleitet werden, da sonst nur gewisse Drogenphänomene verlagert würden. Es seien daher Arbeit und Geduld vonnöten bis Massnahmen durchgeführt werden könnten; eine koordinierte Drogenpolitik erfordere dies. Bernhard Hess erklärt er, er habe bereits 1991, als er noch die Charge eines Gesundheits- und Fürsorgedirektors bekleidete, gemeinsam mit dem damaligen Gemeinderat festgehalten, dass gegen den Missbrauch des Asylstatus in der Schweiz zum Dealen - des Asylstatus, den er befürworte, der wichtig sei, den er in jedem Fall unterstütze und auf den er stolz sei, dass er in unserem Land existiere - konsequent eingeschritten werden müsse. Die Stadt Bern habe auch zu den ersten gehört, die deswegen Kontakte mit dem Bund aufgenommen hätte. An Luzius Theiler gewandt hält er fest, dass die vier Punkte der Strategie immer noch gelten würden. Und der sozialdemokratische Stadtpräsident habe geholfen, diese auszuhämmern. Wenn Luzius Theiler die Fragen in der Interpellation von Bernhard Hess gelesen hätte, hätte er bemerkt, dass der Gemeinderat diese in seiner Antwort einfach beantwortet habe. Er hätte bei aufmerksamem Zuhören auch bemerkt, dass er in bezug auf die Aufgaben der Task Force darauf hingewiesen habe, dass die Verbesserung der Situation in den Aufnahmestellen dazugehöre. In den Aufnahmestellen werde Überlebenshilfe geleistet, würden Anstrengungen zur Therapie unternommen und auch Heroinabgabestellen gehörten dazu. Die Befürwortung der Heroinabgabe und Überlegungen in diese Richtung, also in Richtung einer liberalen Drogenpolitik, seien bereits vor 1993 ausgehämmert worden, und diese Überlegungen würden immer noch als Grundsatz der Politik des Gemeinderats gelten. Dieser könne jedoch nur im Rahmen dessen handeln, was die Gesetzgebung von Bund und Kanton erlaube. Man würde es sowieso begrüßen, wenn man gerade auf Bundesebene bezüglich Revision des Betäubungsmittelgesetzes und Erweiterung der Heroinabgabe etwas mehr Unterstützung spüren würde und wenn dort auch etwas speditiver gearbeitet würde. Man merke manchmal, dass die Distanz trotz der Bundesterrasse gross sei. In der heutigen Situation komme man im übrigen nicht ohne repressive Massnahmen aus, diese seien neben Prävention, Therapie und Überlebenshilfe auch Pfeiler der Drogenpolitik. Gerade in Bezug auf die repressiven Massnahmen müsse heute darauf geachtet werden, dass zwischen den schweizerischen Städten ein gewisses Gleichgewicht herrsche. Er sage dies nicht gerne, aber es sei eine Tatsache. Man komme nur zum Erfolg, wenn man die vier Pfeiler der Drogenpolitik verknüpfe und entsprechende Massnahmen auch durchführe. Der Stadtpräsident bemerkt zu Bernhard Hess, dass er hoffe, dieser stehe auch noch hinter der Politik des Gemeinderats, wenn sie finanzielle Mittel erfordere, wenn Kredite zu verabschieden seien, und zwar nicht nur für die repressiven Massnahmen. Diese werde man für eine nachhaltige, künftige Drogenpolitik benötigen. Es dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass zwar Handlungsbedarf bestehe, aber keine Notsituation vorliege. Für die Bewilligung dieser Kredite müsse denn auch der ordentliche Weg eingeschlagen werden, und dies daure seine Zeit, ohne dass es irgend etwas mit Perfektionismus zu tun hätte. Ohne finanzielle Mittel und die Gutheissung von Krediten werde eine sinnvolle Drogenpolitik nicht umzusetzen sein. - Der Stadtpräsident führt weiter aus, Gewalt sei etwas furchtbares, man habe dies gerade bei den Vorfällen in Ägypten erlebt. Er wolle dringend darum bitten, dass im Stadtrat nicht zur Veranschaulichung vom Einsatz von Sturmgewehren und von Bürgerwehren gesprochen werde. Der Stadtrat und der Gemeinderat seien als Behörden dazu verpflichtet, die Rechtsstaatlichkeit zu beachten, und in einem Rechtsstaat hätten Bürgerwehren nichts zu suchen. Dafür sei die Polizei zuständig. Anstatt dieses Gedankengut aufzunehmen, sei es Pflicht, Leute, die sich mit diesen Gedanken tragen, darauf hinzuweisen, dass dies bestimmt nicht der richtige Weg sei. Er wolle dies im Stadtrat nicht mehr hören. - Zur Task Force hält der Stadtpräsident fest, dass man sich bemühe und an der Arbeit sei; alle in der Verwaltung arbeiteten mit, der Wille sei vorhanden und auch Personen aus dem Contact und aus anderen Institutionen seien beteiligt. Er habe Briefe erhalten von Präsidentinnen und Präsidenten von

Institutionen, die erklärten, dass sie zur Mitarbeit bereit seien. In diesem Sinne glaube er, dass der Wille vorhanden sei und dass man bald einmal zu greifbaren Resultaten komme.

Die Interpellanten *Annemarie Lehmann* und *Bernhard Hess* erklären, sie seien von der Antwort des Stadtpräsidenten "teilweise befriedigt".

3 Postulat Fraktion SP (Oskar Balsiger): Kinder in der Stadt Bern - Marzili: Ein Quartier für Familien

Antrag Nr. 267

Als altersmässig gut durchmischtes Wohngebiet hätte das Marziliquartier beste Voraussetzungen, auch Familien mit Kindern ein angenehmes Wohnumfeld zu garantieren, würde nicht Parkiersuchverkehr seine Familienfreundlichkeit in Frage stellen. Zentrumsnähe und Badeanstalt Marzili erzeugen Parkierdruck. Starker quartierfremder Parkiersuchverkehr stellt für Kinder und Jugendliche eine permanente Gefahrenquelle dar. Trotz kurzer Distanz verfügt das Quartier über keine sichere Radwegverbindung zum Stadtzentrum. Die Wohnqualität wird derart herabgesetzt, dass Familien mit Kindern dem Marziliquartier den Rücken zuwenden und ähnlich gelagerte Wohngebiete umliegender Gemeinden als Wohnstandort bevorzugen.

Bern leidet unter Stadtflicht. Insbesondere bei Familien mit Kindern hat die Abwanderung damit zu tun, dass umliegende Gemeinden über Wohngebiete verfügen, die in den Bereichen sichere Schul-, Arbeits- und Einkaufswege, angenehme Begegnungsorte und zweckmässige Spielplätze mehr zu bieten haben als Wohngebiete in der Stadt Bern. Im Fall des Marziliquartiers müsste das nicht so sein. Hier besteht die Möglichkeit, die Abwanderung zu stoppen und den Trend umzukehren.

Um den Zuzug von Familien mit Kindern in die Stadt zu fördern bzw. die Abwanderung solcher Familien zu stoppen, nimmt der Gemeinderat die Begehren entgegen:

1. Die Sicherheit der Fusswegzugänge zum Marziliquartier aus Richtung Zentrum ist zu verbessern (z.B. bessere Beleuchtung nachts).
2. Die Parkierplätze am Münzrain dienen vorwiegend dem Fremdparkieren - sie erzeugen überdurchschnittlichen Parkiersuchverkehr und sind aufzuheben.
3. Der Münzrain ist als Radweg in beiden Richtungen zu öffnen. Um die Koexistenz Zufussgehen/Velofahren zu gewährleisten, sind abwärts fahrende Velos durch geeignete Massnahmen, z.B. Querabschläge, zu verlangsamen.
4. Das Quartier ist als Tempo-30-Zone auszugestalten, evtl. unter Ausschluss der Achse Aarstrasse - Marzilistrasse.
5. Die Einführung der Blauen Zone wird von der Stadt durch Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten vorangetrieben.

Bern, 29. Mai 1997

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass sich das Marziliquartier durch eine recht hohe Wohnqualität auszeichnet. Im Gegensatz zu vielen Wohnbereichen wird das Marziliquartier kaum durch übermässig starken Durchgangsverkehr belastet. Diese bevorzugte Stellung geniesst das Marzili nicht zuletzt auch durch seine topographische Lage.

Andererseits ist das Marziliquartier wegen seiner Nähe zum Stadtzentrum und wegen den vielen motorisierten Badegästen im Sommer von starkem Parkierungsverkehr belastet. Die Einführung der Blauen Zone mit Parkkartenregelung, welche am 6. Februar 1996 verfügt worden ist, ist durch Beschwerden blockiert. Die Stadt hat keine Möglichkeit zu handeln, solange dieses Beschwerdeverfahren nicht abgeschlossen ist. Es darf aber angenommen werden, dass mit der vorgesehenen Parkplatzbewirtschaftung und Tempo 30-Zonen ganz wesentliche Elemente zur Verkehrsberuhigung gegeben sein werden.

Wenig zuversichtlich ist der Gemeinderat, den steilen Münzrain für den Veloverkehr zu öffnen. Detailliertere Abklärungen drängen sich hier noch auf.

Antrag

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Katharina Suter (FDP) hält fest, die FDP-Fraktion könne den meisten unausgegorenen Vorstößen nicht zustimmen. Es erscheine ihr sehr einseitig, die Kinderfreundlichkeit in der Stadt Bern ausschliesslich mit verkehrsberuhigenden Massnahmen in den Quartieren, kindergerechten Schulwegen, sicheren Einkaufsmöglichkeiten, zweckmässigen Spielplätzen, Begegnungsstrassen und Treffs, der Schaffung von zusätzlichen Angeboten für Freizeit und Ferien, Wasserrutschbahnen für 1, 2 Millionen, der Erweiterung und Neuschaffung von Betreuungsangeboten und mit Familienrabatten zu fordern und mit den gleichen Argumenten gleichzeitig auch die Stadtfucht von Familien bekämpfen zu wollen. Die einzelnen Vorstösse seien schlecht recherchiert worden. Gefordertes sei bereits ganz oder teilweise vorhanden oder durch Einsprachen blockiert. Motionen seien zum Teil nicht motionsfähig. Gewisse Ideen habe man sich schlicht aus den Fingern gesogen, um sich zu profilieren. Die FDP-Stadtratsfraktion verschliesse sich der Kinderfreundlichkeit in der Stadt Bern nicht, sie sei auch sehr bestrebt, den Auszug der Familien in umliegende Gemeinden zu stoppen. Es sei bekannt, dass Bern im Vergleich mit anderen Städten recht kinderfreundlich sei. Die FDP sehe jedoch zur Verbesserung der momentanen Situation andere, wirksamere Massnahmen vor. So unterstütze sie den Gemeinderat im Kampf gegen die offene Drogenszene. Sie habe auch das Rückführungszentrum unterstützt. Weiter sei die FDP-Fraktion der Überzeugung, dass die Familie nach wie vor das Fundament der Gesellschaft sei, dass Erziehung und Betreuung der Kinder jedoch primär in der Verantwortung der Eltern lägen und nicht einfach an den Staat abgegeben werden könnten. Sie unterstütze bei Bedarf subventionierte Kinderkrippenplätze, jedoch nicht die Forderung auf Anrecht auf einen Krippenplatz für jedes Kind und die Schaffung von grenzenlosen Betreuungsmöglichkeiten. Wichtig seien ihr mehr Sicherheit und Sauberkeit, Stop den Schmierereien; das seien wesentliche Merkmale von guter Lebensqualität. Sie seien mitbestimmend für die Wohnattraktivität für Familien mit Kindern. Die FDP habe sich - leider erfolglos - für eine vernünftigeren Schulreform eingesetzt. Das heutige von der RGM unterstützte Schulsystem in der Stadt Bern habe Verwirrung statt Vereinheitlichung und grosse Unsicherheit bei Eltern und Kindern ausgelöst. All diese Umstände trügen wesentlich zur Stadtfucht von Familien bei, was Zahlen bewiesen, denn gemäss Statistik verliessen Familien die Stadt mehrheitlich dann, wenn die Kinder schulpflichtig würden. Die RGM-Vorstösse kosteten im Falle einer Verwirklichung sehr viele Millionen und zögen jährlich wiederkehrende Kosten nach sich. "Unsere Nachkommen werden uns sehr dankbar sein, wenn wir anstreben, ihnen ausgeglichene Rechnungen und nicht Berge von Schuldscheinen zu hinterlassen."

Ueli Stüchelberger (GFL) erklärt, die Mitglieder der GFL fänden es wichtig und schön, dass heute so viele Vorstösse dem Thema Kinder gewidmet seien, und im Gegensatz zur FDP erachteten sie die Vorstösse mehrheitlich als gut. Es sei ein wenig einfach zu sagen, man sollte mehr gegen Schmierereien unternehmen; er glaube, da rede man am Thema vorbei. Er hoffe, gewisse Personen der FDP betrachteten dieses Thema etwas fundierter und unterstützten auch einzelne Vorstösse. Die GFL finde es wichtig, dass auf Verkehrsmassnahmen ein Schwerpunkt gesetzt werde, denn dort verfüge die Stadt und Gemeinde über den grössten Handlungsspielraum. Es gebe andere Missstände, die aufgezeigt worden seien, aber dort könne man weniger dagegen unternehmen. Gerade im Bereich der Verkehrsmassnahmen müsse es jetzt einen Schritt vorwärts gehen, und das habe der Stadtrat heute in der Hand. Die GFL finde zwei Dinge wichtig: Als erstes eine flächendeckende und nicht nur punktuelle Attraktivitätssteigerung des Wohnumfelds; dieses müsse sicher sein für die Kinder. Einzelne Gebiete sollten dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie dies in einigen Vorstößen angetönt werde. Zweitens sei die Schulwegsicherung wichtig: Zu diesem Thema seien von der GFL auch schon Vorstösse eingereicht worden; er denke auch, aber nicht nur, an das Kirchenfeldschulhaus. Die Situation dort sei unbefriedigend, es müsse etwas geschehen. Diese beiden Gebiete erforderten vermehrte Massnahmen. Die GFL verkenne nicht, dass die Stadt bereits aktiv sei, es müsste jedoch schneller vorangehen. Zum Thema seien auch gute Vorstösse vorhanden, er denke dabei etwa an den Vorstoss von Oskar Balsiger, der einen gangbaren Weg vorschlage, wie man einen Schritt vorwärts kommen könnte. Man sei froh, dass der Gemeinderat diese Motion annehmen wolle. Andere Vorstösse enthielten nur teilweise wünschbare Vorschläge. So müsste doch eine Wasserrutschbahn hinter die Verkehrsmassnahmen zurücktreten. Diese beiden Vorschläge seien kaum motionswürdig und könnten vielleicht in ein Postulat umgewandelt werden. Man müsse sich bewusst sein, dass die meisten Massnahmen zugunsten von Kindern auch den Anwesenden selbst

einmal zugute kommen würden. Alle seien selbst einmal Kinder gewesen, und viele der Massnahmen würden sie, wenn sie älter und Rentnerinnen und Rentner seien, wieder betreffen, denn dann werde man etwa dieselben Bedürfnisse im Straßenverkehr haben wie die Kinder. Aus diesem Grunde unterstütze die GFL die meisten der Vorstösse und hoffe, dass die Stadträtinnen und Stadträte dies ebenso tun werden.

Maria Regli (GB/JA!) erklärt, auch die Fraktion GB/JA! wolle ein paar Vorbemerkungen zum heutigen Abend machen und dabei der Verkehrspolitik Priorität einräumen. Kinderpolitik sei ihrer Ansicht nach vor allem auch Verkehrspolitik. Und wenn sie die Traktandenliste am Tag der Kinderrechte betrachte, komme sie zum Schluss, dass wohl nicht nur die Fraktion GB/JA! dieser Meinung sei. Weiter hätten sich auch über 50 Prozent der befragten Kinder aus dem Nordquartier dahingehend geäußert. Der Verkehr sei ihre grösste Angstquelle; und nicht nur der Hauptverkehr, sondern auch der Quartierverkehr. Dass Angst die Entwicklung der Kinder einschränke, sei allen klar. Angst begrenze, lasse andere Handlungen, die die soziale, kognitive und motorische Entwicklung der Kindern fördern würden, nicht zu. Die Rechte der Kinder würden nicht wahrgenommen, und das dürfe nicht so sein. Die Stadt Bern brauche eine neue Verkehrskultur. Das heisse: Verkehrsberuhigte Quartiere und Begegnungsstrassen, Schulwegsicherung, Tempo 30, Blaue Zonen und andere planerische und technische Massnahmen. Überall dort, wo Menschen lebten und aufwachsen, das heisse in Wohngebieten, müsse sich der Motorfahrzeugverkehr den Interessen der Quartierbewohner und -bewohnerinnen unterordnen. In Wohngebieten dürften die Rechte der Kinder nicht an den Randstein gedrängt, sondern müssten in den Vordergrund gerückt werden. Eine neue Verkehrskultur sei jedoch mehr als die Summe der planerischen und technischen Massnahmen. Es brauche Veränderungen im Kopf: Veränderungen, die zu entsprechenden Änderungen im Handeln führten. Die Fraktion GB/JA! hoffe, dass die Diskussionen des heutigen Abends zu solchen Veränderungen führen werden.

Peter Stucki (EVP) drückt sein Befremden über das Votum von Katharina Suter aus. Es könne doch nicht ihr Ernst sein, was sie hier sage. Kinderfreundlichkeit beginne auf der Strasse. Sie könne kaum ernsthaft behaupten, Schmierereien zu entfernen sei kinderfreundlich. Er frage sich, ob nicht gerade Schmierereien Ausdruck einer Kinderfeindlichkeit seien. Weshalb überlege man sich nicht, aus welchen Gründen Kinder dies tun; ob dies nicht ein Ausdruck dafür sei, dass sie sich nicht wohl fühlten in dieser Stadt, dass sie sich bedroht fühlten und dass sie sich damit so wehrten, wie sie sich eben wehren könnten. Die EVP begrüsse Verkehrsmassnahmen, weil sie wisse, dass Kinder und Jugendliche vor dem Verkehr hier gewesen seien. Es habe ihn doch etwas nachdenklich gestimmt, als er las, dass ein grosser Teil des Gemeinderats bei einer Einweihung eines Parkleitsystems anwesend gewesen sei. Er habe sich gefragt, ob dies auch der Fall wäre, wenn etwas für Kinder oder Familien gemacht würde. Er frage sich, wie in dieser Stadt die Schwerpunkte gesetzt würden. Ob denn der Verkehr - dass man von A nach B zwei Minuten einspare oder das Auto ins Stadtzentrum nehmen könne anstatt die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen - tatsächlich wichtiger sei? Er hoffe sehr, dass heute abend in der Diskussion die Schwerpunkte doch etwas anders gesetzt würden als dies im Eingangsvotum der Fall gewesen sei.

Urs Jaberg (FDP): Kinder verdienten zweifellos den besonderen Gedenktag, der heute begangen werde. Ob sie ihn jedoch hier in der Schweiz dringend benötigen, sei eine Frage, die man in guten Treuen auf verschiedene Arten beantworten könne. Das VCS-Schreiben, das alle in den letzten Tagen erhalten hätten, sei der Meinung, dass Kinder 365 Tage im Jahr Kindertag benötigten. Auch diese Meinung lasse er gelten, ohne sie stark zu hinterfragen. Dass Kinder unseren Schutz brauchten, dass Erwachsene sie nach bestem Wissen und Gewissen fördern müssten, sei selbstverständlich. Er ginge davon aus, dass alle, die heute hier im Saal sässen, in dieser Hinsicht gleich guten Willens seien. *Wer* aber fördere, *wer* schütze? *Wie* werde gefördert, *wie* werde geschützt? Die Differenzen dürften sich wohl aus dem *wie*, *wieviel*, *wann* und *wo* ergeben. Seitens der FDP-Fraktion weise er mit Nachdruck darauf hin, dass diese ihrem liberalen Gedankengut verpflichtet sei, das sie zu selbständigem Tun und Handeln anleite. Damit wolle er ausdrücken, dass man gerade in Fragen von Kinder- und Jugendbetreuung vehement an die Eigenverantwortlichkeit und an die Hegeaufgaben, denen sich Eltern und mündige Staatsbürger nicht entziehen könnten, appelliere. Die Eltern leiteten, führten, erklärten; der Staat und die Öffentlichkeit hingegen sollten höchstens unterstützen und fördern, nicht aber reglementieren und einengen. Die Führungsverantwortung müsse nach wie vor bei den Eltern liegen. Nachdem Katharina Suter schon auf einige vor allem soziale Aspekte der Kin-

dervorstösse eingegangen sei, wolle er auf andere Themen zu sprechen kommen. Einerseits zum Themenkreis des fahrenden und ruhenden Verkehrs: Zweifellos habe er selbst in seiner Jugendzeit in seinem Wohnumfeld noch bessere Bedingungen vorgefunden, insbesondere, was die Strassen als Spielraum betraf. Der Verkehr und die Parkierung der Fahrzeuge, er wolle daran erinnern, dass vermutlich die meisten Anwesenden daran mitbeteiligt seien, beanspruchten Fläche. Ihnen diese grundsätzlich immer wieder zu entziehen würde bedeuten, die Verhältnisse nur noch zu verschlimmern. Es gehe einmal mehr um das Mass. Immerhin habe man sich im Verkehrskompromiss auf eine Lösung geeinigt und deshalb sei er zuversichtlich, dass es möglich sein müsste, auch für die anderen Verkehrsfragen einen sinnvollen Konsens zu finden. 30 km/h partiell und Blaue Zonen seien schon in fast allen Quartieren in Entwicklung. Dies sei wichtig und im Interesse der Lebensqualität in den Quartieren. Nicht akzeptieren könne man in der FDP-Fraktion jedoch das VCS-RGM-Vorhaben, die generelle Geltung von 30 km/h einzuführen. Man sei der Auffassung, dass es Hauptachsen geben müsse, die unbedingt mit der bisherigen Geschwindigkeit von 50 km/h befahrbar bleiben müssten. Wohnstrassen und Begegnungsstrassen: Sie sollten ausnahmsweise und dort, wo sie verträglich seien, angeordnet werden. Es gelte zu akzeptieren, dass städtisches Wohnen und Leben Erscheinungsformen habe, die vom dörflichen Leben und Alltag verschieden seien. Man könne nicht das Dorf in die Stadt verpflanzen. Auch hier stelle sich die Frage, was wünschenswert, was technisch und wirtschaftlich realistisch und was sinnvoll sei. Er plädiere einmal mehr für einen Mittelweg, dass nicht immer dem Auto der Schwarze Peter zugewiesen werde. Er sei der festen Überzeugung, dass das Auto einen sinnvollen Einsatz haben könne. Er denke an Familien mit Kindern, die einen Ausflug planten; diese seien mit dem Auto zweifellos besser dran, als wenn sie für ihre Reise auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen seien. Er wolle damit sagen, dass auch Familien das Auto benützten und dessen ständige Verteufelung etwas doppelzüngig sei. Kinderspielplätze: Sowohl die Stadt (sie tue dies in den Artikeln 56 bis 60 der Bauordnung) als auch der Kanton (in der Bauverordnung) regelten die Stellung der Kinderspielplätze. Die Vorschriften verpflichteten die Baubehörde im Zusammenhang mit Bauvorhaben, dass sie darüber wache, dass Kinderspielplätze erstellt würden. Er wolle in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Regel gelte, dass 15 Prozent der Bruttogeschossfläche einer Familienwohnung im Aussenbereich als Spielplatz eingerichtet werden müsse. Es werde also etwas getan. Er habe heute noch die Stadtgärtnerei angerufen und erfahren, dass auf der Basis der Grünplanung 85 ein Spielplatzplan erstellt worden sei, der vom Stadtrat offenbar im letzten Jahr genehmigt wurde. Im Rahmen dieses Planes seien in letzter Zeit immerhin sechs Spielplätze eingerichtet worden. Zweifellos habe man Quartiere mit engeren Strukturen und dichter Überbauung, wo noch ein gewisser Nachholbedarf vorhanden sei. Stadtplanungsamt und Stadtgärtnerei seien sich dessen bewusst und daran, Konzepte zu entwickeln. Er hält fest, dass jedesmal, wenn er von auswärts und aus dem Ausland in die Stadt Bern zurückkehre, er angenehm berührt sei, wie grün die Stadt und wie angenehm das Wohnfeld in Bern seien. Dieser Umstand werde in den Voten zu wenig ersichtlich. "Stellen wir also unser Licht nicht unter den Scheffel. Wir haben eine schöne Stadt und wir müssen nicht ständig mit Reglementen und Verordnungen an diesem Stadtbild etwas verändern."

Oskar Balsiger (SP) erklärt, er wolle das Thema noch etwas eingrenzen und zum Postulat, das am Kopfe dieser Vorstösse zum Thema "Kinder in der Stadt Bern" stehe, etwas sagen. Er finde, wenn man von Kindern spreche - er wendet sich an Katharina Suter - dürfe man nicht mit dem Kampf gegen die Drogenszene beginnen - dann sei es zu spät. Wenn er sich erinnere und an Urs Jaberg anknüpfe: In seiner Jugend seien Strassen Orte für Spiel und Begegnung gewesen. Es habe nicht einmal Spielplätze gebraucht. Die Erstellungspflicht von Spielplätzen sei nämlich zum ersten Mal im Strassenbaugesetz erwähnt worden, also offenbar aus dem Verdrängungsprozess heraus, als die Motorfahrzeuge in die Gesellschaft eingebrochen seien. Dann habe man erkannt, dass man irgendwo Raum schaffen müsse, damit sich der junge Mensch entwickeln könne. Das Recht auf eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung müsse man den Kindern zugestehen. Hierzu gehöre der Auslauf, und dieser könne nicht nur hinter dem Haus auf einem Spielplätzchen stattfinden, es müsse etwas mehr sein. In seinem Alter sei es noch selbstverständlich gewesen, zu Fuss zur Schule zu gehen. Der Schulweg sei ebenso wichtig wie die Schule. Wenn man heute um sich sehe, komme es immer mehr vor, dass Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule brächten, da sie Angst hätten, ihre Kinder würden auf dem Schulweg angefahren oder es passiere ihnen sonst etwas. Das sei eine Art Gefängnis um die Kinder herum und habe nichts mehr mit freier Entfaltung und Entwicklung zu tun. Es gehe ihm mit seinen zwei Postulaten nicht darum, das Auto zu verteufeln, aber darum, dass der

Lebensraum, den die Autos und damit die Erwachsenen in ihrer Freiheit in Anspruch nehmen und ausgedehnt hätten, wieder etwas verringert werde, um den Kindern mehr Raum zum Atmen zu geben. Vor diesem Hintergrund sei es für ihn verständlich, wenn im Stadtkreis 3 26 Organisationen eine Petition mit 1'600 Unterschriften eingereicht hätten und den Gemeinderat aufforderten, er möge Tempo 30 in ihrem Stadtkreis sofort einführen. Diese Leute seien enttäuscht und fühlten sich geprellt, dass sie nun warten sollten, weil eine Beschwerde gegen die Blaue Zone in ihrem Stadtkreis eingereicht worden sei. Tempo 30 und Blaue Zone seien nicht Zwillinge und zwingend aneinander gekoppelt. Er habe mit Genugtuung festgestellt, dass der Gemeinderat in seiner Antwort akzeptiere, dass das Marzili einem starken Parkierdurchgangsverkehr ausgesetzt sei. Überdies habe man im Marzili einen Bundesbau mit einem grossen Parkhaus, der zusätzlich Verkehr anziehe, der quartierfremd sei und keine grosse Rücksicht auf das Quartier nehme. Er wolle dem Gemeinderat danken, dass er sein Postulat annehme, aber ihn aufgrund seiner Ausführungen bitten, in seine Prüfung einzubeziehen, ob es nicht eine Möglichkeit gebe, die Einführung von Tempo 30 von der Einführung der Blauen Zone abzukoppeln und erstere vorzuziehen. Etwas noch zum Münzrain: Er sei einverstanden, wenn der Gemeinderat sage, beim Münzrain sei er wenig zuversichtlich. Es sei nicht seine Absicht, die Velos einfach auf die Fussgänger loszulassen. Ohne eine Veränderung im Münzrain könne man ihn für Velos nicht öffnen. Er wolle jedoch daran erinnern, dass Leute, die vom Zeitglocken mit dem Velo ins Marzili wollten, einen unverhältnismässigen Umweg auf sich nehmen müssten. In Ostermundigen habe man ausgetestet, dass man einen Weg mit Fussgängern und mit relativ grossem Gefälle durchaus für Velos öffnen könne, wenn man in einem Abstand von 30 m Querabschläge mache. Diese "zähmten" die Velos, seien also eine Verkehrsberuhigungsmassnahme für diese. In diesem Sinne wolle er den Gemeinderat bitten, das Thema Münzrain noch einmal aufzunehmen und zu prüfen, ob nicht doch eine Änderung möglich wäre, damit man einen Velozugang zum Marzili hätte.

Polizeidirektor *Wasserfallen* stellt fest, das Postulat von Oskar Balsiger habe sich zu einer Art Eintretensdebatte über den Kinder- und Kinderstadtratsabend entwickelt. Er wolle zu den Ausführungen von Oskar Balsiger nicht speziell Stellung nehmen. Der Gemeinderat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen, es werde geprüft und beantwortet werden. Er wolle jedoch ein paar allgemeine Bemerkungen zu den folgenden Debatten und zu den Vorstössen zum Verkehr machen. Zuerst eine Tatsache: Innerhalb der letzten 20 Jahre habe der Autoverkehr im Stadtgebiet stagniert oder eher abgenommen. Die Stadt sei nicht gefährlicher geworden, sondern im Gegenteil, sicherer, dies auch mit den flankierenden Massnahmen (Tempo 30/Blaue Zone). Er bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. Die Sensibilität dem Verkehr gegenüber sei sehr hoch - auf der anderen Seite jedoch hätten immer mehr Leute ein Auto. Dies sei widersprüchlich. Und wenn Oskar Balsiger festhalte, weil man Angst habe, bringe man die Kinder mit dem Auto zur Schule, bedeute dies, dass man sich in einen Teufelskreis begeben und wiederum Kinder gefährde, weil man ja mit dem Auto unterwegs sei. Alle wollten ein Auto, aber die Autos sollten ja nicht am eigenen Haus vorbeifahren, sollen nicht das eigene Kind gefährden - dieser Widerspruch sollte auch einmal zur Kenntnis genommen und Überlegungen dazu angestellt werden. Die Frage, die im Raum stehe, sei: Ist der Verkehr wichtiger als die Kinder? Diese Frage könne man nicht mit Ja oder Nein beantworten. Er sei klar der Meinung, dass Kinder ihren Raum bräuchten und haben sollten. Die Stadt Bern biete jedoch bereits sehr viel solchen Raum, wo Kinder etwas unternehmen können. Er müsse jedoch leider auch feststellen, dass viele Kinder gar nicht mehr wüssten, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollten. Es gebe sehr viel Grünraum in der Stadt, dort seien jedoch kaum Kinder anzutreffen. Es brauche einen Spielplatz, damit sie sich zu beschäftigen wüssten. Man dürfe sagen, dass in der Stadt sehr viel getan werde, um den Verkehr erträglich zu machen. Er bitte, die Situation in Bern mit anderen Städten oder den Agglomerationsgemeinden zu vergleichen, die vielfach nicht so weit seien wie Bern. Bei der Planung sei man darauf angewiesen, sich im bereits bestehenden Raum zu bewegen. Dieser werde jedoch durch sehr viele Interessen beansprucht, von denen das Kindesinteresse eines sei. Es gebe aber auch noch andere. Es werde bereits versucht, den Verkehr nicht in die Quartiere zu leiten, sondern auf dem Basisnetz zu behalten. Wenn man dieses System zerstöre, habe man den Durchgangsverkehr wieder in den Quartieren, was schlecht und zu vermeiden sei. Es sei viel unternommen worden, mit Tempo 30 und Blauen Zonen den Durchgangs- und nicht quartiereigenen Verkehr aus den Quartieren zu halten. Er wehre sich aber dagegen, ein "Schwarzpeterspiel" zu spielen, in dem der eine eine Begegnungs- und Spielstrasse wolle und den unvermeidlichen Verkehr der Nachbar haben könne. Das sei nicht in Ordnung. Jeder, der mit seinen Kindern in einem Quartier wohne und ein Auto habe, könne sich so

verhalten, wie er es den Kindern schuldig sei. Bei Kontrollen in den Quartieren stelle sich jedoch nicht selten heraus, dass dem gerade nicht so sei. Es müsse wieder gelernt werden, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Wenn hier im Stadtrat immer wieder wiederholt werde, Bern sei schlecht - im Verkehr und anderen Belangen - tue man der Stadt keinen guten Dienst. Dies finde Niederschlag in der Presse und vertreibe Familien. Er fände es wichtig, auch wieder einmal die schönen und positiven Seiten der Stadt, die zweifellos vorhanden seien, zu sehen und darzustellen. Bern sei eine schöne Stadt. Er bitte darum, das Postulat zu überweisen.

Andreas Hofmann (SP): Es seien einige Dinge gesagt worden, die er nicht unwidersprochen lassen könne. Er wisse nicht, ob diese Rede vom Gesamtgemeinderat abgeseget sei; sie habe wie eine bessere "Biertischmeinung" von Polizeidirektor Wasserfallen getönt. Er habe beispielsweise gesagt, wenn man Begegnungsstrassen schaffe, sei dies ungerecht, weil als Folge die anderen mehr Verkehr hätten. Er wolle jedoch an das städtische Verkehrskonzept erinnern, das darauf beruhe, den Verkehr auf dem Basisnetz zu kanalisieren und dort einen gewissen Mehrverkehr in Kauf zu nehmen und dafür in den Quartieren den Verkehr massiv zu reduzieren. Dies sei dasselbe Konzept, das man bei den Begegnungsstrassen anstrebe. Der Verkehr werde langsamer geführt und auf die Kinder Rücksicht genommen. Die Behauptung, dass in der Stadt sehr viel Raum für Kinder existiere, sei nicht wahr; es gebe zwar immer mehr "Indianerreservate" wie in den USA, die immer kleiner würden - der Verkehr übernehme aber immer mehr die Herrschaft in der Stadt. Kinder, vor allem kleine Kinder, bräuchten im Nahbereich, wo sie wohnen, Auslauf. Und dieser sei meist nicht gegeben. Dass die Autos zunehmen sei ebenfalls nicht wahr, er erinnere sich, gelesen zu haben, dass der Autobestand in der Stadt Bern von 1995 auf 1996 abgenommen habe. Die Verkehrsabnahme in den letzten 20 Jahren könne er ebenfalls nicht bestätigen, noch Ende der 80er Jahre habe man bei der Beantwortung einer Interpellation erfahren, dass der Verkehr vor allem auf den radialen Zufahrtsachsen der Stadt von Jahr zu Jahr recht massiv zugenommen habe.

Beschluss

Der Rat beschliesst mit 45:23 Stimmen bei 1 Enthaltung, das Postulat zu überweisen.

4 Postulat Nico Lutz (JA!): Spielen, wohnen und Kultur, statt parken

Antrag Nr. 141

In der Lorraine gibt es einen Mangel an Kinderspielmöglichkeiten. Der Spielplatz Ulmenweg musste dem GIBB-Neubau weichen. Ebenso sucht die Stadt Bern seit mehreren Jahren mit erheblichem Aufwand nach Standorten, wo unkonventionelle Wohnformen gelebt werden können.

In der baufälligen Halle, auf dem Gelände der Jurastrasse 1, werden seit Jahren Autos gelagert. Das Gelände gehört der Stadt Bern und wurde anlässlich der Abstimmung über die Überbauungsordnung für den Erweiterungsbau der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern als Wohnzone b ausgewiesen. Sinnvoll wäre, die zonenunkonforme Nutzung des Areals als Autoabstellplatz zu unterbinden und den Platz bis zu einer definitiven Überbauung einer quartierbezogenen Nutzung zuzuführen. Die Stadt könnte das Areal der IG Jurastrasse 1, einer breit verankerten Interessengemeinschaft von verschiedensten Organisationen in der Lorraine, zur Zwischennutzung mietvertraglich überlassen. Diese würde sich dann verpflichten, den Platz zum Spielen, im begrenzten Rahmen zum Wohnen und für kulturelles Schaffen zugänglich zu machen. Synergien zwischen einer begrenzten Wohnnutzung und der Betreuung des Kinderspielplatzes wären für die Stadt nur von Vorteil. Zusammen mit der neu entstehenden Fussgängerzone vor der GIBB und dem Lorrainepark könnte ein zusammenhängender Raum für Freizeit- und kulturelle Aktivitäten entstehen.

Der Gemeinderat wird daher aufgefordert, folgende Massnahmen zu prüfen:

- Die Jurastrasse 1 möglichst umgehend einer quartierbezogenen Nutzung zuzuführen.
- Das Areal der IG Jurastrasse 1 im Sinne einer Zwischennutzung zur Verfügung zu stellen, bis mit den Bauarbeiten für eine definitive Nutzung begonnen wird.
- Auf einem Teil des Areals der Jurastrasse begrenzte Wohnmöglichkeiten in leicht entfernbaren Bauten zuzulassen.

Bern, 17. August 1995

Stellungnahme des Gemeinderats

Gemäss dem Postulat soll die Liegenschaft Jurastrasse 1 einer quartierbezogenen Zwischennutzung zugeführt werden. Die Diskussion um die Nutzung des Areals Jurastrasse 1 wurde in den letzten Jahren intensiv geführt, doch konnte u.a. wegen der unterschiedlichen Standpunkte der verschiedenen Interessengruppen im Lorraine-Quartier keine Lösung gefunden werden. Der Gemeinderat setzte im September 1996 eine unter Leitung der Finanzdirektion stehende Projektgruppe ein, welche einerseits den Auftrag erhielt, Vorschläge für die Überbauung des Areals gemäss der Überbauungsordnung Vordere Lorraine vom 21. Mai 1992 zu erarbeiten und andererseits die Möglichkeit einer Zwischennutzung abzuklären. Der Gemeinderat entsprach zugleich einem Gesuch der Erb Nordring Auto AG für den Verbleib auf dem Gelände Jurastrasse 1 bis zum 31. März 1998.

Die vom Gemeinderat eingesetzte Projektgruppe erachtete es aus städtebaulichen Gründen als angezeigt, die baureifen Parzellen in der Vorderen Lorraine möglichst rasch zu überbauen. Sie suchte deshalb das Gespräch mit den interessierten Quartierorganisationen, um einen möglichst weitgehenden Konsens bezüglich der Rahmenbedingungen einer Überbauung zu erzielen. Im April 1997 wurden im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung Baurechtsbewerber/innen gesucht. Gewählt wurde hierfür ein in der Stadt Bern erstmals angewendetes zweistufiges Bewerbungsverfahren. In einer ersten Stufe hatten alle Interessentinnen und Interessenten die Möglichkeit, Nutzungsvorstellungen zu skizzieren und sich für die zweite Stufe zu bewerben. Diese zweite Stufe ist als Wettbewerbsverfahren ausgestaltet, zu welchem maximal fünf Teams eingeladen werden. Es handelt sich dabei um einen kombinierten Investoren- und Architekturwettbewerb. Die Ausschreibung führte zu 16 Bewerbungen. Eine Jury ermittelte im Mai 1997 fünf Bewerbungen, welche für die zweite Stufe berücksichtigt werden. In der zweiten Phase geht es darum, konkrete Vorstellungen für die Überbauung der verschiedenen Parzellen zu entwickeln. Vorgeschrieben ist ein Wohnanteil von mindestens 70%. Gesamthaft können im Wettbewerbsperimeter ca. 40-50 Wohnungen erstellt werden. Im Rahmen des Wettbewerbs ist zu entscheiden, welche der bestehenden Häuser durch Neubauten zu ersetzen sind. Zum Wettbewerbsprogramm gehören auch quartierbezogene Nutzungen (Spielflächen, Ateliers usw.).

Aufgrund der eingegangenen Bewerbungen kann davon ausgegangen werden, dass die Parzellen in der Vorderen Lorraine in absehbarer Zeit überbaut werden können. Damit wird zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Weil die Parzelle Jurastrasse 1 wegen der Verlängerung des Mietvertrags mit der Erb Nordring Auto AG kurzfristig für eine Zwischennutzung nicht zur Verfügung steht und mittelfristig mit einer Überbauung zu rechnen ist, erscheint eine Zwischennutzung zur Zeit nicht aktuell. Sollte sich die Überbauung der Vorderen Lorraine jedoch verzögern, müsste diese Frage erneut geprüft werden. Weil in der Lorraine ein Mangel an Kinderspielplätzen herrscht, werden parallel zum Wettbewerbsverfahren Möglichkeiten gesucht, um die Spielplatzsituation in der Lorraine zu verbessern. Bei der gegebenen Ausgangslage bleibt somit kein Raum für die Annahme des Postulats. Sollte sich die Situation jedoch ändern, ist der Gemeinderat bereit, eine quartierverträgliche Zwischennutzung des Areals Jurastrasse 1 erneut zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Fraktionserklärungen

Nico Lutz (JA!) erklärt, er sei erstaunt, dass es 2 Jahre gedauert habe, bis der Gemeinderat auf sein Postulat geantwortet habe. Was er an der Antwort positiv und richtig finde, sei erstens die Argumentation des Gemeinderats, er wolle an diesem Standort Wohnraum schaffen und 40 bis 50 Wohnungen erstellen; dies sei im Nutzungszonenplan so vorgesehen. Zweitens erachte er es als sinnvoll, dass ein breiter Wettbewerb veranstaltet worden sei und verschiedene Nutzungsvorstellungen entwickelt werden sollten. Die Finanzdirektion habe jedoch bereits vor einem Jahr Asche über ihr Haupt gestreut und erklärt, sie habe in dieser Sache schlecht gearbeitet. Dieser Meinung sei auch er; seit 1992 sei dieses Gelände umgezont. Es sei damals bekannt gewesen, dass einmal ein Wohnstandort entstehen sollte. Gleichzeitig sei bereits lange klar, dass die Erb-Garage eine grosse Belastung für

das Quartier und besonders auch für die Kinder sei. Quartierstrassen würden zeitweise als Autoteststrecken missbraucht und die Erb-Garage missachte das Trottoir-Parkierverbot. Es sei ebenfalls bekannt, dass in der Lorraine ein Defizit an Grünfläche vorliege. Aus diesem Grunde wäre es ein sinnvolles Vorgehen der Stadt gewesen, sich rasch dafür einzusetzen, dass das Gelände nicht für Autos, sondern für das Quartier zur Verfügung gestellt werde. Zur Frage, was in Zukunft geschehen sollte: Erstens fände ein Wettbewerb statt, Nutzungsvarianten für eine Überbauung auszuarbeiten. Dieser werde bald abgeschlossen sein. Nach der Diskussion darüber werde aber noch die Detailprojektierung folgen und die Finanzierung gesichert werden müssen. Es werde mindestens noch zwei Jahre dauern, bis man mit Bauen beginnen könne. Zweitens sei klar, dass die Erb-Garage am 31. März 1998 das Gelände der Stadt übergeben werden müsse. Da zwischen Baubeginn und Abgabe des Geländes noch einige Zeit liege, erachte er es als selbstverständlich, dass der Gemeinderat eine offene Haltung an den Tag legen werde, was die Zwischennutzung dieses Geländes für das Quartier anbelange. Ihm sei auch klar, dass, wenn man mittelfristig zu bauen plane, man keine aufwendigen Projekte mehr auf die Beine stellen wolle; dies sei auch nicht nötig. Der Regierungsstatthalter habe festgestellt, dass einer kurzfristigen Nutzung durch die Quartierbevölkerung auch keine planungsrechtliche Bestimmung entgegenstehe. Erstaunlich findet Nico Lutz, dass der Gemeinderat bekanntgegeben habe, dass er viele dieser vorgebrachten Argumente gutheisse, er jedoch trotzdem zum Schluss gekommen sei, das Postulat abzulehnen. Die sei für ihn wenig nachvollziehbar. Er bitte, dem Postulat entgegen dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Hanspeter Riesen (SD): Die Überschrift des Postulates beinhalte drei schöne Begriffe: Spielen, wohnen, Kultur. Wenn dem so wäre, würde man dem Postulat sofort mit Begeisterung zustimmen. Denn auch den Schweizer Demokraten liege das Wohl der Kinder und Nachkommen am Herzen. Aber dazu müsse noch sehr viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Alle wüssten, dass in der Lorraine zu wenig Spielmöglichkeiten vorhanden seien. Das Postulat jedoch, so scheine ihm, habe sehr wenig mit den spielbedürftigen Kindern oder mit einer verbesserten Lebens- oder Wohnqualität zu tun. Im Grunde genommen habe der Postulant nämlich ganz etwas anderes im Sinne; es werde einmal mehr versucht, mit undurchsichtigen Argumenten in einem Gebiet, das schon jetzt einen grossen Anteil an multikulturellem Bevölkerung aufweise, eine provisorische Zwischennutzung und natürlich unkonventionelle Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Wem schliesslich solche leicht entfernbaren Bauten oder Container nützten: Einer kleinen Minderheit von Menschen, die gesetzlos leben wollten - natürlich auf Kosten der Steuerzahler und unter Folge von später fast unlösbaren Problemen. Das Areal zur Zwischennutzung der IG Jurastrasse zur Verfügung zu stellen, sei sicher auch nicht "das Gelbe vom Ei". Daher sei er erleichtert, dass der Mietvertrag in der Jurastrasse 1 mit der Erb-Nordring AG Auto bis zum 31. März 1998 verlängert worden sei. Wenn schon kindergerechter Raum für Freizeit gesucht werden müsse, dann brauche man ein sicheres und solides Fundament, und zwar zu Gunsten von Kindern des Quartiers und nicht der IG Jurastrasse. Die Schweizer Demokraten lehnten das Postulat ab und bitten den Stadtrat, dasselbe zu tun.

Einzelvoten

Andreas Hofmann (SP): Er spreche als Mitglied des Vereins IG Jurastrasse 1. Er habe die ganze jahrelange dauernde Vorgeschichte miterlebt, und er wolle Herr Riesen mitteilen, dass es sich bei der IG Jurastrasse nicht nur einfach um ein Grüppchen handle, das sich ein Gebiet im Quartier "unter den Nagel reissen" wolle, sondern eine sehr breit abgestützte, überparteiliche Interessengemeinschaft, der auch nichtparteiliche Personen angehörten. Die Haltung des Gemeinderats finde er sehr unbefriedigend. Die Erb AG überziehe das halbe Quartier mit ihrem Blech und sei berüchtigt für ihr Parkierverhalten. Er habe an einer Einspracheverhandlung teilgenommen, an der eine andere Autofirma ein Gebäude, das zuvor in den Händen der Erb AG war, übernehmen wollte. Diese Firma habe zugesichert, sie werde ein rücksichtsvolleres Verhalten an den Tag legen als die Erb AG - diese habe also sogar autobranchen-intern einen schlechten Ruf. Es sei eigenartig, wie die Kinder- und Wohninteressen den Interessen eines Multimillionärs Erb entgegenstünden und ausgerechnet der Gemeinderat sich auf dessen Seite schlage und den Mietvertrag um fast zwei Jahre verlängere, einen gekündigten Mietvertrag also erneuere. Der Hinweis, dass man sich im Quartier nicht einig sei, sei nicht unberechtigt, dies zeige auch das Votum von Herrn Riesen, der auch in der Lorraine wohne. Den Mietvertrag der Erb AG zu verlängern sei eine Entscheidung, und zwar eine Entscheidung für die eine Seite im Quartier, die glaube, den Interessen des Quartiers sei am meisten gedient, wenn man Autos auf

die Trottoirs der Jurastrasse 1 parkiere. Für die IG Jurastrasse stehe anderes im Vordergrund, nämlich ganz klar eine Kindernutzung. Der Gemeinderat wäre nicht verpflichtet gewesen, auf die anderen Ideen, wie die mobilen Bauten, einzugehen, er hätte einen Kompromiss eingehen können. Dies sei jedoch nicht der Fall, sondern der Gemeinderat habe sich klar auf die Seite des Autogewerbes und gegen das Quartier gestellt, und dies enttäusche ihn.

Finanzdirektorin *Frösch* erklärt, die Sache sei in der Vergangenheit tatsächlich keineswegs ein erfreuliches Geschäft gewesen. Die Finanzdirektion hätte die Liegenschaftsverwaltung in einer schwierigen Zeit übernommen, das Geschäft nicht gerade vorbildlich geführt und damit Zeit verloren. Sie müsse jedoch auch erwähnen, dass die Verhältnisse nicht einfach gewesen seien, bis der Gemeinderat praktisch eine Krisengruppe eingesetzt hätte. Sie habe damals nicht über die notwendige Durchsetzungskraft verfügt; in der Lorraine habe es jedoch auch "getobt", es wäre ein Seldwyla gewesen, das gewütet habe. Beide Seiten seien relativ militant gewesen, und der gesamte Wohnfriede sei in Frage gestanden. Es habe eine sachte, gute, umsichtige Verhandlung gebraucht, um in der Lorraine zu entsprechenden Resultaten zu kommen, und Kompromisse zu finden sei nicht einfach gewesen für den Gemeinderat. Sich ultimativ für eine Seite zu entscheiden, wenn man gleichzeitig aus Umfragen in den Direktionen wisse, dass sich diese auch noch nicht einig seien, wie eine Zwischennutzung aussehen solle und auch die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stünden, sei nicht so einfach gewesen, wie dies Andreas Hofmann darstelle. Es sei ja bekannt, dass danach von der Finanzdirektion eine bessere Projektgruppe auf die Beine gestellt worden sei. Diese sei überall federführend, wenn es darum gehe, kindergerechte Begegnungsstrassen kostengünstig zu errichten. Es müsse auch in Betracht gezogen werden, aus welcher Küche eine Antwort stamme, bevor man sie zerresse. Die Finanzdirektion sei vor dem Problem gestanden, dass verwaltungsintern beschlossen worden sei, einen weiten Sprung zu machen, nämlich die gesamte Überbauung in Angriff zu nehmen und Kinderspielplätzen einen definitiven Standpunkt einzuräumen. Gleichzeitig habe die Erb-Garage, da im Rahmen der Vorbereitungen ihres Wegzugs nach Ittigen Probleme beim Bauen entstanden seien (dies sei so weit wie möglich nachgeprüft worden), geltend gemacht, sie brauche ein zusätzliches Jahr Zeit. Deshalb sei beschlossen worden, einerseits den Wettbewerb auszuschreiben und dessen Projekte abzuwarten, andererseits der Garage, die auch Arbeitsplätze zur Verfügung stelle, die Zeit, die sie - wie sie glaubhaft machen konnte - noch benötige, zur Verfügung zu stellen. Zur Ablehnung des Postulats hält sie fest, dass verschiedene Lösungen für das angesprochene Problem in Betracht gezogen würden. Es sei bei einem Augenschein einer Arbeitsgruppe (bestehend aus Vertretern der Stadtgärtnerei, der Fürsorge, der Liegenschaftsverwaltung, ...) in der Lorraine betreffend Kinderspielplätze klar geworden, dass es nicht grundsätzlich an Grünfläche fehle, jedoch an einem Kleinkinderspielplatz. Es seien auch Verbesserungsmöglichkeiten für Kinder zum Überqueren der Straße in der hinteren Lorraine beim Schulhaus in Betracht gezogen worden. Ein Plan mit Verbesserungsvorschlägen sei bereits erstellt worden. Sie bitte, dem Gemeinderat zu folgen.

Beschluss

Der Rat beschliesst mit 34:29 Stimmen bei 6 Enthaltungen, das Postulat zu überweisen.

5 Postulat Hansjörg Wittwen (ARP): Familienrabatt bei öffentlichen Eintritten

Antrag Nr. 169

Alles wird teurer, nur das Gehalt bleibt stabil. Kinderreiche Familien sind am stärksten betroffen. Aber es braucht Kinder, damit das Land weiter bestehen kann. Deshalb sollten bei öffentlichen Eintritten (Museum, Tierpark, Bus etc.) grosszügige Rabatte gewährt werden. Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Massnahmen zu prüfen und zu realisieren:

1. Bei öffentlichen Eintritten einen grosszügigen Familienrabatt zu gewähren?
2. Wann ist der Gemeinderat bereit, diese Massnahmen umsetzen?

Bern, 5. Dezember 1996

Stellungnahme des Gemeinderats

1. Grundsätzliches

Der Gemeinderat begrüsst grundsätzlich die Absicht des Postulats, angesichts einer zunehmenden Verschärfung der sozialen Situation, einen Beitrag zur finanziellen Entlastung von Familien mit Kindern zu leisten. Er unternimmt aus diesem Grunde - im Rahmen seiner Möglichkeiten - alles, um die Gebühren für öffentliche Eintritte von Familien und Kindern zu senken oder sogar zu erlassen.

2. Beispiele

• Tierpark Dählhölzli

Grosse Teile der Gesamtanlage können frei und kostenlos besichtigt werden, darunter auch der von den Familien besonders viel besuchte Kinderzoo.

Übrige Anlage	Einzeleintritt	Jahresabonnement
Erwachsene	Fr. 6.--	Fr. 40.--
AHV / IV-Rentner, Lehrlinge, Studenten	Fr. 4.--	Fr. 30.--
Mitglieder Tierparkverein	Fr. 4.--	Fr. 30.--
Kinder von 6 bis 16 Jahren	Fr. 3.--	Fr. 20.--
Gruppen ab 20 Personen	Fr. 4.--	
Familien	*)	Fr. 100.--

*) Die Gestaltung der Eintrittspreise wird zurzeit überprüft. Denkbar ist die Schaffung einer neuen Kategorie "Einzeleintritt für Familien". Mit Aenderungen ist jedoch frühestens 1998 zu rechnen.

• Städtische Verkehrsbetriebe

Die Gewährung von grosszügigen Familienrabatten auf den SVB-Linien würde einem Verzicht auf Verkehrsertrag gleichkommen. Aufgrund der engen finanziellen Vorgaben, welche die SVB - gemäss dem Gesetz über den öffentlichen Verkehr bzw. den damit einhergehenden Vereinbarungen - vom Kanton erhalten haben, müsste ein solcher Verzicht durch Mehreinnahmen bzw. durch Aufwandsenkungen kompensiert werden. Das Jahresergebnis des vergangenen Jahres und die laufende Budgetrunde zeigen jedoch deutlich, dass Einnahmesteigerungen kaum mehr möglich sind und dass Aufwandsenkungen nur noch über einen Leistungsabbau vollzogen werden können.

Die Familienkarte der schweizerischen Transportunternehmungen wird in Verbindung mit einem Einzeleintritt, der Mehrfahrtenkarte, BäseAbi oder Verbundtageskarte Zone 10 und 20 anerkannt.

• Städtische Hallenbäder Weyermannshaus und Wyler; Hallenbad AG Bern

	Einzeleintritt	10er-Abo	Jahresabonnement	
			Gemeinde Bern	Auswärtige
Erwachsene	Fr. 6.50	Fr. 58.--	Fr. 230.--	Fr. 269.--
AHV/IV, Studierende, Lehrlinge, Militär	Fr. 5.--	Fr. 43.--	Fr. 154.--	Fr. 179.--
Kinder von 6 bis 16 Jahren	Fr. 3.50	Fr. 22.--	Fr. 115.--	Fr. 128.--

Weitere Ermässigungen können aus finanziellen Überlegungen nicht befürwortet werden. Die Hallenbad AG Bern wird durch die Gemeinde Bern regelmässig subventioniert (Beiträge 1996 und 1997: je Fr. 886'700.--). Ohne diese Unterstützung wäre es nicht möglich, Rabatte zu gewähren; die Eintrittspreise müssten wesentlich erhöht werden.

• Bernisches Historisches Museum

- **Kinder bis 16 Jahre** zahlen keinen Eintritt

- Jugendliche bis 18 Jahre erhalten einen verbilligten Eintritt
- **An Samstagen** **wird kein Eintritt verlangt**

Beiträge der Einwohnergemeinde Bern für 1996 und 1997: Je Fr. 1'856'000.-- und je Fr. 203'500.-- an die Stiftung Schloss Oberhofen.

- **Kunstmuseum und Kunsthalle Bern**

Die Kunsthalle hat zusammen mit dem Kunstmuseum eine äusserst günstige Schülerkarte und - mit anderen Institutionen rund um den Helvetiaplatz - einen vorteilhaften Museumspass eingeführt; sie gewährt Ermässigungen für Kinder und Jugendliche sowie freien Eintritt für Schulklassen.

Subventionen der Stadt Bern 1996/97: Kunstmuseum: je Fr. 2'385'000.--; Kunsthalle: Fr. 616'500.-- bzw. Fr. 679'000.--.

- **Schweizerisches Alpines Museum**

Für Kinder bis 16 Jahren - in Begleitung Erwachsener - ist der Eintritt frei.

Beiträge der Gemeinde Bern 1996/97: Fr. 294'900.-- / Fr. 316'900.--.

3. *Kinder in Begleitung Erwachsener*

Oft werden Institutionen von Kindern "in Begleitung Erwachsener", bei denen es sich nicht um die Eltern, sondern um Grosseltern, Patin/Pate oder Nachbarn handelt, besucht. Deshalb erfüllen reine Familienkarten die Bedürfnisse der Praxis nicht immer. Zudem wäre auch die Kontrolle erschwert; die BesucherInnen müssten jeweils die notwendigen Ausweise (Familienbüchlein usw.) auf sich tragen.

Der Gemeinderat wird aber auch in Zukunft mithelfen, kinderreichen Familien und sozial Schwächeren öffentliche Eintritte zu erleichtern.

Antrag

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stefan Hügli (FDP) hält fest, die FDP bestreite das Postulat, da es in die falsche Richtung gehe. Die Stadtfinanzen erlaubten die Anwendung des Giesskannenprinzips nicht. Es sei klar, dass es für eine mehrköpfige Familie nicht billig sei, städtische Einrichtungen zu besuchen, es gebe jedoch auch eine grosse Anzahl Familien, für die dies durchaus tragbar sei und die mit den bereits bestehenden abgestuften Tarifen auskämen. Ein Besuch mit der Familie bei McDonalds ermögliche zahlreiche Eintritte (derselben Familie) in städtische Einrichtungen. Man müsse vorsichtig sein, dass man nicht in dieselbe Richtung gehe wie mit den AHV-Rentnern, von denen ein Teil bestimmt auf Rabatte angewiesen sei, aber unter denen auch eine ganze Anzahl sei, die diese nicht nötig hätten und die regulären Tarife ohne weiteres bezahlen könnten. Die FDP appelliere daran, mit einer intelligenten Tarifpolitik zu arbeiten, also beispielsweise dann, wenn die Anlagen weniger ausgelastet seien, Rabatte zu gewähren. Erwünscht wäre eine gezielte Hilfe an jene, die diese wirklich nötig hätten, und nicht immer an alle. Er stellt den Eventualantrag, das Postulat sei anzunehmen, der Bericht des Gemeinderats jedoch solle als Prüfungsbericht gelten.

Peter Stucki (EVP) bemerkt, dass es nicht ums Giesskannenprinzip gehe, sondern darum, dass viele Familien grosse Auslagen hätten und sich den Besuch der städtischen Anlagen nicht leisten könnten. Diese Familien, die Hilfe wirklich benötigten, sollten unterstützt werden. Er glaube, es sei nötig, aber reiche nicht, wenn in der Stadt familienfreundlichere Wohnungen gebaut werden, es sei nötig, dass man auch bei den städtischen Anstalten Familien endlich bevorzuge. Es sei ihm weiter unverständlich, dass bei einer Familie, die das Bären-Abi besitze, die Familien-/Kinderkarte keine Geltung habe. Für ihn sei dies kunden- und familienfeindlich - es müsse umgedacht und der Familie mehr Gewicht gegeben werden. Mit der Überweisung des Postulates könne gezeigt werden, dass die Familie dem Stadtrat etwas wert sei.

Der *Präsident* macht darauf aufmerksam, dass es nicht am Stadtrat sei, zu entscheiden, ob ein Bericht als Prüfungsbericht zu behandeln sei oder nicht. Der Gemeinderat müsse dies allenfalls als Anregung entgegennehmen und den Bericht noch einmal als Prüfungsbericht vorbringen.

Finanzdirektorin *Frösch* bemerkt, sie sehe nicht ein, weshalb das Postulat nicht überwiesen werden solle, sie sehe darin keinen Widerspruch. Postulate könnten immer Anregungen grundsätzlicher Natur enthalten, und bei der Prüfung könne man durchaus auf interessante Ideen stossen.

Beschluss

Der Rat überweist das Postulat mit 51:11 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Die Sitzung wird um 19.10 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Der Präsident: *Martin Frick*

Die Protokollführerin: *Sabine Scherrer*